



29.07.2019

Mit dem Bau der Umgehungsstraße der Stadt Haslach soll der Hochwasserschutz an der Kinzig deutlich verbessert werden

Die Planung der Ortsumfahrung (B 33) für die Stadt Haslach im Kinzigtal geht voran. Wie das Regierungspräsidium Freiburg mitteilt, wird das angestrebte Planfeststellungsverfahren mit der Planung des Hochwasserschutzes an der Kinzig verzahnt. „Ziel ist es, mit der Straßenbaumaßnahme auch den Hochwasserschutz für die Stadt Haslach entlang der Kinzig deutlich zu verbessern“, erklären Wolfgang Migenda, Leiter des Landesbetriebs Gewässer und Claus Walther, Leiter der Abteilung für Straßenwesen, beide beim Regierungspräsidium (RP).

In Geometrie und Aufbau entsprechen die an der Kinzig vorhandenen Dämme nicht mehr den heutigen Regeln der Technik. Die Hochwassergefahrenkarte zeigt, dass hinsichtlich des angestrebten Schutzgrades für ein hundertjährliches Hochwasser im Bereich der Ortslage Haslach erhebliche Defizite bestehen. Diese sollen im Zusammenhang mit dem Bau der Ortsumfahrung behoben werden, so Migenda.

Mit einer teilweisen Rückverlegung des in Fließrichtung rechten Kinzigdammes lasse sich die Ortsumfahrung genehmigungsfähig verwirklichen, ergänzt Walther. Dadurch werde das Volumen des neuen Straßenkörpers auf der linken Seite soweit ausgeglichen, dass sich der Hochwasserspiegel nicht erhöhe. Zusätzlich werde die Wehranlage „Schnellinger Wehr“ in eine Riegelzone umgestaltet, was den Hochwasserspiegel sogar unter den derzeit vorhandenen senken werde. Dieser Wehrrumbau diene gleichzeitig dem Ausgleich für die unvermeidbaren Eingriffe in Natur und Landschaft.

„Dass die Ortsumfahrung zu einem deutlich verbesserten Hochwasserschutz insbesondere im Ortsteil Schnellingen führt, war und ist mein erklärtes Ziel“, so der Haslacher Bürgermeister Philipp Saar. „Ich bin sehr froh, dass das Regierungspräsidium diesem wichtigen Kriterium ein Hauptaugenmerk widmet und wir nun in den Planungen zügig vorankommen.“

Neben dem Hochwasserschutz erfolge aktuell die Vergabe der Baugrunduntersuchungen inklusive der Auswertung der zahlreichen Verdachtsfälle aus der Kampfmittelvorprüfung, berichtet Claus Walther vom RP. Sollte sich herausstellen, dass tatsächlich noch Blindgänger im Erdreich ruhen, könne sich dies auf den Fortschritt der Baugrunduntersuchungen und damit auch die bis Ende des Jahres 2019 angepeilte Fertigstellung der Vorentwurfsplanung auswirken. Derzeit wird auch die Vergabe für die vertiefende Planung der Bauwerke in Angriff genommen.

Sobald belastbare Zwischenergebnisse vorliegen, soll im Rahmen einer Informationsveranstaltung der Planungsstand der Stadtverwaltung und der Öffentlichkeit vorgestellt werden. Neben Plänen, Daten und Fakten sollen dann auch 3D-Visualisierungen präsentiert werden.